

**Gesetz
über die National- und Kantonsstrassen
und ihre Finanzierung
(Strassengesetz, StrG)¹⁾**

Vom 17. März 1969

Der Grosse Rat des Kantons Aargau,

gestützt auf Art. 61 des Bundesgesetzes über die Nationalstrassen (NSG) vom 8. März 1960²⁾ sowie auf die §§ 46 und 49 der Verfassung des Kantons Aargau vom 25. Juni 1980,³⁾

beschliesst:

§ 1

¹⁾ Der Kanton baut, unterhält und betreibt nach Massgabe der Bundesgesetzgebung die für sein Gebiet von der Bundesversammlung festgelegten Nationalstrassen. Sie stehen in seinem Eigentum und unter seiner Hoheit.⁵⁾

Nationalstrassen:
Bau, Unterhalt
und Betrieb⁴⁾

²⁾ Der Grosse Rat erlässt durch Dekret die notwendigen Ausführungsbestimmungen zum Bundesrecht über die Nationalstrassen. Sie unterliegen der Genehmigung durch den Bundesrat.

¹⁾ Fassung gemäss Gesetz vom 5. September 2000, in Kraft seit 1. Januar 2001 (AGS 2000 S. 308).

²⁾ SR 725.11

³⁾ Fassung gemäss Gesetz vom 5. September 2000, in Kraft seit 1. Januar 2001 (AGS 2000 S. 308).

⁴⁾ Fassung gemäss Gesetz vom 5. September 2000, in Kraft seit 1. Januar 2001 (AGS 2000 S. 308).

⁵⁾ Fassung gemäss Gesetz vom 5. September 2000, in Kraft seit 1. Januar 2001 (AGS 2000 S. 308).

§ 2¹⁾

Kantonsstrassen:
Bau, Unterhalt
und Betrieb

¹ Der Kanton baut, unterhält und betreibt die Kantonsstrassen. Er kann insbesondere bei Innerortsstrecken Teilaufgaben an Gemeinden übertragen.

² Über Neuanlagen von Kantonsstrassen innerorts oder ausserorts beschliesst der Grosse Rat. Der Beschluss stützt sich in der Regel auf ein generelles Projekt und beinhaltet den Gesamtkredit. Beträgt dieser mehr als 5 Mio. Franken, unterliegt der Beschluss dem Referendum gemäss § 62 Abs. 1 lit. e oder § 63 Abs. 1 lit. d der Kantonsverfassung.²⁾

³ Über die Erweiterung bestehender Kantonsstrassen ausserorts wird nach dem gleichen Verfahren wie bei Neuanlagen beschlossen.

⁴ Über die Anpassung bestehender Kantonsstrassen ausserorts beschliesst der Regierungsrat.

⁵ Über die Änderung bestehender Kantonsstrassen innerorts beschliesst der Regierungsrat, sofern die Gemeinde zuvor ihrem Kostenbeitrag zugestimmt hat. Übersteigt der Kostenanteil des Kantons 5 Mio. Franken, entscheidet der Grosse Rat. Dessen Beschluss unterliegt dem Referendum. Fehlt ein zustimmender Beschluss der Gemeinde zum Kostenbeitrag, wird wie bei Neuanlagen vorgegangen.³⁾

§ 2a⁴⁾

Ausführungs-
bestimmungen:
Mitwirkung der
Gemeinden,
Kostenverteilung

¹ Der Grosse Rat erlässt durch Dekret die notwendigen Ausführungsvorschriften zu § 7, über die Verteilung der Kosten zwischen Kanton und Gemeinden sowie über die Erteilung des Enteignungsrechts.

² Die Gemeinden sind bei der Projektierung und Festsetzung der Kostenverteilung anzuhören. Für die Bemessung ihrer Leistungen sind die Finanzkraft und das Interesse zu berücksichtigen.

¹⁾ Fassung gemäss Gesetz vom 5. September 2000, in Kraft seit 1. Januar 2001 (AGS 2000 S. 308).

²⁾ Fassung gemäss § 76 Abs. 5 des Gesetzes über die politischen Rechte (GPR) vom 18. Dezember 2001, in Kraft seit 1. Januar 2003 (AGS 2002 S. 340).

³⁾ Fassung gemäss § 76 Abs. 5 des Gesetzes über die politischen Rechte (GPR) vom 18. Dezember 2001, in Kraft seit 1. Januar 2003 (AGS 2002 S. 340).

⁴⁾ Eingefügt durch Gesetz vom 5. September 2000, in Kraft seit 1. Januar 2001 (AGS 2000 S. 308).

§ 3¹⁾§ 4²⁾§ 5³⁾

¹ Einnahmen gemäss § 6 und Ausgaben gemäss § 7 werden in einer Spezialfinanzierung «Strassenrechnung» verbucht. Diese wird als eigenständige Kostenrechnung geführt. Strassenrechnung
a) Grundsatz

² Leistungen unter Verwaltungsabteilungen werden abgegolten. Der Grosse Rat kann durch Dekret nähere Bestimmungen erlassen.

³ Die Abgeltungen erfolgen nach dem Netto-Prinzip. Insbesondere werden von den Kosten die Erlöse aus Bussen, die vom Kanton bei Verstössen gegen das Strassenverkehrsrecht erhoben werden, abgezogen.

§ 6⁴⁾

Zu Gunsten der Strassenrechnung gehen:

b) Einnahmen

- a) Reinertrag der Motorfahrzeugabgaben;
- b) Kantonsanteile aus der Mineralölsteuer, der Nationalstrassenabgabe und der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe sowie andere, allgemein für Strassen bestimmte Mittel des Bundes;
- c) werkgebundene Beiträge des Bundes;
- d) Gemeindebeiträge;
- e) Beiträge Dritter;
- f) Abgeltungen gemäss § 5 Abs. 2 und 3.

§ 7⁵⁾

Zu Lasten der Strassenrechnung gehen

c) Ausgaben

- a) Ausgaben für den Bau, den Unterhalt und den Betrieb von National- und Kantonsstrassen. Dazu gehören auch die für den Bau, den Unterhalt und den Betrieb der Strassen nötigen Werkhöfe, die Gebäude

¹⁾ Aufgehoben durch § 225 Abs. 1 lit. d des Baugesetzes vom 2. Februar 1971, in Kraft seit 1. Januar 1972 (AGS Bd. 8 S. 198).

²⁾ Aufgehoben durch § 166 lit. b des Gesetzes über Raumplanung, Umweltschutz und Bauwesen (Baugesetz, BauG) vom 19. Januar 1993, in Kraft seit 1. April 1994 (AGS Bd. 14 S. 365).

³⁾ Fassung gemäss Gesetz vom 5. September 2000, in Kraft seit 1. Januar 2001 (AGS 2000 S. 308).

⁴⁾ Fassung gemäss Gesetz vom 5. September 2000, in Kraft seit 1. Januar 2001 (AGS 2000 S. 308).

⁵⁾ Fassung gemäss Gesetz vom 5. September 2000, in Kraft seit 1. Januar 2001 (AGS 2000 S. 308).

- und Einrichtungen für die Überwachung und Lenkung des Strassenverkehrs und die Alarmierung der Einsatzdienste;
- b) die nachfolgend genannten Ausgaben zur Vermeidung von externen Kosten des Strassenverkehrs:
1. Ausgaben für die Sanierung von Niveauübergängen und für Verkehrstrennungsanlagen;
 2. Beiträge an Anlagen des öffentlichen Verkehrs, die Kantonsstrassen unmittelbar entlasten;
 - 3.¹⁾ Beiträge an Umsteigeinfrastrukturen, die den Wechsel vom Individualverkehr auf den öffentlichen Verkehr begünstigen. Sie bemessen sich nach dem Nutzen zur Entlastung der Kantonsstrassen;
 - 4.²⁾ Ausgaben für den Bau der kantonalen Radrouten, sofern sie nicht über bestehende geeignete Gemeindestrassen führen, und Beiträge an den Bau von Radwegen, die Kantonsstrassen unmittelbar entlasten;
 - 5.³⁾ Beiträge an den Lärmschutz;
 - 6.⁴⁾ Ausgaben für weitere Massnahmen von untergeordneter Bedeutung zur Vermeidung von externen Kosten, die der Grosse Rat durch Dekret festlegen kann;
- c) Beiträge an Wanderwege;
- d) Beiträge an Wildtierkorridore;
- e) Abgeltungen gemäss § 5 Abs. 2 und 3.

§ 8

Motorfahrzeugabgaben, Festsetzungskompetenz⁵⁾

¹ Der Kanton erhebt Abgaben für Motorfahrzeuge und Anhänger mit Standort im Kanton Aargau.⁶⁾

² Die jährlichen Motorfahrzeugabgaben betragen:⁷⁾

-
- ¹⁾ Fassung gemäss § 13a des Gesetzes über den öffentlichen Verkehr (ÖVG) vom 28. Juni 2005, in Kraft seit 1. Januar 2006 (AGS 2005 S. 615).
 - ²⁾ Fassung gemäss § 13a des Gesetzes über den öffentlichen Verkehr (ÖVG) vom 28. Juni 2005, in Kraft seit 1. Januar 2006 (AGS 2005 S. 615).
 - ³⁾ Fassung gemäss § 13a des Gesetzes über den öffentlichen Verkehr (ÖVG) vom 28. Juni 2005, in Kraft seit 1. Januar 2006 (AGS 2005 S. 615).
 - ⁴⁾ Eingefügt durch § 13a des Gesetzes über den öffentlichen Verkehr (ÖVG) vom 28. Juni 2005, in Kraft seit 1. Januar 2006 (AGS 2005 S. 615).
 - ⁵⁾ Fassung gemäss Gesetz vom 5. September 2000, in Kraft seit 1. Januar 2001 (AGS 2000 S. 308).
 - ⁶⁾ Fassung gemäss Gesetz vom 5. September 2000, in Kraft seit 1. Januar 2001 (AGS 2000 S. 308).
 - ⁷⁾ Fassung des Einleitungssatzes gemäss Gesetz vom 5. September 2000, in Kraft seit 1. Januar 2001 (AGS 2000 S. 308).

- | | | |
|----|--|-----------|
| a) | für leichte Motorwagen für den Personentransport und Nutzfahrzeuge bis 1'000 kg Nutzlast | |
| | – bis 5,49 Steuer-PS | Fr. 180.– |
| | – Zuschlag für jede weitere volle oder angebrochene Steuer-PS | Fr. 24.– |
| b) | für Motorräder | |
| | – bis 0,99 Steuer-PS | Fr. 36.– |
| | – von 1,0 bis 1,49 Steuer-PS | Fr. 54.– |
| | – Zuschlag für jede weitere volle oder angebrochene Steuer-PS | Fr. 12.– |
| c) | für Nutzfahrzeuge mit mehr als 1'000 kg Nutzlast | |
| | – bis 1'500 kg Nutzlast | Fr. 348.– |
| | – Zuschlag für je weitere volle oder angebrochene 500 kg Nutzlast bis 5'000 kg | Fr. 72.– |
| | – Zuschlag für je weitere volle oder angebrochene 500 kg Nutzlast über 5'000 kg | Fr. 84.– |
| d) | für Transportanhänger an Motorwagen | |
| | – bis 500 kg Nutzlast | Fr. 78.– |
| | – Zuschlag für je weitere volle oder angebrochene 500 kg Nutzlast bis 5'000 kg | Fr. 18.– |
| | – Zuschlag für je weitere volle oder angebrochene 1'000 kg Nutzlast über 5'000 kg | Fr. 30.– |

³ Der Grosse Rat setzt die Motorfahrzeugabgaben für die übrigen Motorfahrzeug- und Anhängerarten sowie die Bemessungsgrundlage fest. Er regelt den Bezug, den Abgabenerlass sowie die Ausnahmen von der Abgabepflicht.¹⁾

⁴ Sollten die Bemessungsgrundlagen gemäss Absatz 2 durch ein Konkordat einheitlich festgesetzt werden, so ist der Grosse Rat zum Beitritt zuständig.

§ 9

¹ Der Grosse Rat ist ermächtigt, zur Finanzierung des Strassenbaues und des Strassenunterhaltes Anleihen und Darlehen aufzunehmen.

Verschuldung
Amortisation
Allgemeiner
Grundsatz

² Die Strassenschuld, welche die Summe der jährlichen Ausgabenüberschüsse der Strassenrechnung darstellt, ist zu amortisieren. Der Grosse Rat beschliesst über die Amortisation mit dem Voranschlag.

³ Das Ausmass der Neuverschuldung und die Höhe der Amortisationsquote sind auf die Entwicklung des gesamten Finanzhaushaltes sowie auf die konjunkturelle Lage abzustimmen.

¹⁾ Fassung gemäss Gesetz vom 5. September 2000, in Kraft seit 1. Januar 2001 (AGS 2000 S. 308).

§ 10¹⁾

§ 11

Aufhebung
bisherigen
Rechtes

Das Gesetz über den Bau und den Unterhalt der National-, Land- und Ortsverbindungsstrassen (Strassenbaugesetz) vom 17. Oktober 1961²⁾ sowie die widersprechenden Bestimmungen des Gesetzes über den Strassen-, Wasser- und Hochbau vom 23. März 1859³⁾ sind aufgehoben.

§ 11a⁴⁾

Änderung
bisherigen Rechts

¹ Das Gesetz über Raumplanung, Umweltschutz und Bauwesen (Baugesetz, BauG) vom 19. Januar 1993⁵⁾ wird wie folgt geändert:

Text im betreffenden Erlass eingefügt.

² Das Gesetz über den Öffentlichen Verkehr (ÖVG) vom 2. September 1975⁶⁾ wird wie folgt geändert:

Text im betreffenden Erlass eingefügt.

§ 12⁷⁾

§ 13⁸⁾

Übergangsrecht

Vorhaben, für die im Zeitpunkt des Inkrafttretens der Änderung vom 5. September 2000 der Verpflichtungskredit- beziehungsweise der Kostenteilungsbeschluss des Grossen Rates bereits vorliegt, werden nach altem Recht finanziert.

¹⁾ Aufgehoben durch § 13 des Gesetzes über den Vollzug des Strassenverkehrsrechtes vom 6. März 1984, in Kraft seit 1. Januar 1988 (AGS Bd. 11 S. 404).

²⁾ AGS Bd. 5 S. 249

³⁾ AGS Bd. 1 S. 159

⁴⁾ Eingefügt durch Gesetz vom 5. September 2000, in Kraft seit 1. Januar 2001 (AGS 2000 S. 308).

⁵⁾ AGS Bd. 14 S. 309, 370, 454, 566; 1999 S. 14, 387 (SAR 713.100)

⁶⁾ AGS Bd. 9 S. 231; Bd. 11 S. 86; 1995 S. 144; 1996 S. 152, 156; 1998 S. 75 (SAR 995.100)

⁷⁾ Aufgehoben durch Gesetz vom 5. September 2000, in Kraft seit 1. Januar 2001 (AGS 2000 S. 308).

⁸⁾ Eingefügt durch Gesetz vom 5. September 2000, in Kraft seit 1. Januar 2001 (AGS 2000 S. 308).

Angenommen in der Volksabstimmung vom 29. Juni 1969.

Inkrafttreten: 29. Juni 1969 (§ 12).